

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

19. Jahrgang

Berlin, den 19. Dezember 1952

Nummer 51/52

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft an der Jahreswende 1952/53

Bericht des Arbeitskreises „Konjunkturbeobachtung“
der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn

Die Lage der Weltwirtschaft

Die weltwirtschaftliche Entwicklung stand in den letzten Monaten des Jahres 1952 im Zeichen einer Belebung im Konsumgüterbereich, die in den meisten Ländern in einer über das saisonale Maß hinausgehenden Produktionssteigerung der Verbrauchsgüterindustrien zum Ausdruck kam. Diese wirtschaftliche Belebung war getragen von einer Zunahme der Konsumentennachfrage, die von einer Wiederaufstockung der Einzelhandelsläger begleitet war. Die Überwindung des Rückschlags im Verbrauchsgüterbereich ist nicht nur in den Vereinigten Staaten von Amerika, sondern auch in den westeuropäischen Ländern, wenn auch mit Unterschieden, festzustellen. Sie tritt in Großbritannien und Frankreich, wo durch Maßnahmen zur Besserung der Zahlungsbilanz die Auftriebskräfte stärker gedämpft wurden, weniger deutlich zutage als in der Bundesrepublik Deutschland, Belgien oder der Schweiz, aber sie ist auch hier unverkennbar. Dieser Auftrieb stellt zunächst nur eine Reaktion auf die auffallende Zurückhaltung der Konsumentennachfrage seit dem Frühjahr 1951 dar. Es kann damit gerechnet werden, daß sich der Verbrauch nunmehr wieder enger an die laufende Einkommensbildung anschließt.

Wenn sich auch die Konsumgütermärkte neuerdings erholt haben, so wurden doch die Gesamtproduktion und -beschäftigung nach wie vor in hohem Maße von den Investitionen und von der Rüstung gestützt, deren expansive Wirkung nunmehr langsam nachzulassen beginnt. Die Verteidigungsausgaben in der westlichen

Welt hielten sich weiter auf hohem Stand, aber in den nächsten Monaten ist — wenn überhaupt — nur noch mit einer geringen Zunahme zu rechnen. In den Vereinigten Staaten haben die monatlichen Verteidigungsausgaben nunmehr fast die Höhe erreicht, die dem für das Haushaltsjahr 1952/53 vorgesehenen Betrag entspricht. In Großbritannien sind bereits in den letzten Monaten die Verteidigungsausgaben erheblich gekürzt worden. Trotzdem bleiben die Anforderungen der Rüstung an die Staatshaushalte der westlichen Welt groß. Im 3. Vierteljahr 1952 sind sowohl in den Vereinigten Staaten von Amerika als auch in Großbritannien und Frankreich Defizite entstanden, die erheblich größer waren als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Auch im 4. Vierteljahr 1952 werden die Einnahmen hinter den Ausgaben zurückgeblieben sein. In den Vereinigten Staaten und auch in Großbritannien werden aber in den nächsten Monaten Einnahmeüberschüsse entstehen, die einen teilweisen Ausgleich der entstandenen Defizite herbeiführen werden.

Mit dem Nachlassen der expansiven Einflüsse der Rüstung wird auch die Investitionstätigkeit ihren bisher wichtigsten Rückhalt verlieren. Nicht nur in den Vereinigten Staaten von Amerika, auch in manchen westeuropäischen Ländern mehren sich bereits die Anzeichen einer nachlassenden Investitionsneigung. Soll das hohe Niveau der Investitionen gehalten werden, bedarf es neuer Impulse, die in erster Linie von der Bautätigkeit ausgehen könnten.

Die konjunkturellen Kräfte, die auf den Binnenmärkten wirksam waren, haben nicht zu einer Erholung der Preise geführt, da sich durch die

umfangreichen Investitionen der letzten Jahre das Angebot sowohl an Rohstoffen als auch an Industrieerzeugnissen beträchtlich erhöht hat. Hinzu kommt, daß die Ernten 1952 im allgemeinen besonders groß waren. Nach der vorübergehenden Festigung der Weltrohstoffpreise im Sommer dieses Jahres hat sich die Abschwächung des Gesamtpreisniveaus verstärkt fortgesetzt. Dieses entsprach Mitte Dezember wieder in etwa dem Stand unmittelbar vor Ausbruch des Korea-konflikts.

Die Belebung der Binnenkonjunktoren in den führenden Industrieländern hat bisher nur geringen Einfluß auf den Welthandel ausgeübt. Der starke Preisrückgang an den Weltwarenmärkten im Verlauf des letzten Jahres hat zu einer erheblichen Besserung der terms of trade der rohstoffeinführenden Länder und in Verbindung mit Restriktionsmaßnahmen zu einer Entspannung ihrer Zahlungsbilanzsituation geführt. Andererseits hat die Schwäche der Weltwarenmärkte die Einnahmen der Rohstoffländer verringert und dadurch ihre Einfuhrmöglichkeiten beschränkt. Die Außenwirtschaft dieser Länder stand infolgedessen in den letzten Monaten im Zeichen kontraktiver Anpassungsmaßnahmen. Anhaltspunkte für einen Tendenzumschwung sind vorerst nur ganz vereinzelt gegeben.

Der Handels- und Zahlungsverkehr der EZU-Länder untereinander zeigt Ausgleichstendenzen. Das Sterlinggebiet, der größte Schuldner der EZU, konnte in den letzten drei Monaten seine hohen laufenden Defizite durch Überschuß auflösen, so daß im November seine Kreditquote wieder unterschritten wurde. Von einem echten außenwirtschaftlichen Gleichgewicht sind aber viele europäische Länder noch weit entfernt. Besonders die Zahlungsbilanzlage Frankreichs bleibt trotz starker Beschränkung der Einfuhren durch Aufhebung der Liberalisierung und trotz intensiver Exportförderung weiterhin sehr labil. Die Dollardefizite verschiedener europäischer Länder haben sich vermindert. Hierzu haben Rückgänge der Preise wichtiger Dollarrohstoffe, der Frachtraten und der Bezüge aus dem Dollarraum infolge erhöhter Eigenproduktion und Einfuhrverlagerung auf andere Währungsgebiete beigetragen. Trotzdem ist der Zahlungsausgleich mit dem Dollarraum für viele Länder nach wie vor schwierig.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich — unter Abwägung aller kontraktiven und expansiven Faktoren — das gesamte Wirtschaftsvolumen der westlichen Welt in den kommenden Monaten nicht erheblich verändern dürfte.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Bis in die jüngste Zeit hinein hat die wirtschaftliche Expansion in der Bundesrepublik angehalten. Entgegen den Befürchtungen, die man bei vorsichtiger Würdigung der Lage im Frühsommer

hegen konnte, ist es in der zweiten Jahreshälfte nicht zu einer Stagnation der wirtschaftlichen Aktivität gekommen. Die Beschäftigung ist vielmehr noch bis vor wenigen Wochen gestiegen. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit seither hält sich offenbar im Rahmen dessen, was für diese Jahreszeit bei den besonderen Witterungsverhältnissen dieses Jahres erwartet werden kann. Die Industrieproduktion (einschließlich der Bautätigkeit) ist im Gesamtdurchschnitt seit dem saisonmäßigen Tiefpunkt im Sommer wieder in einem Tempo gewachsen, das nicht unbeträchtlich über das für die Herbstmonate übliche hinausging. Das Sozialprodukt ist bis zur Gegenwart weiter gewachsen. Dabei ist der Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften in den letzten zwölf Monaten so stark gestiegen, daß nicht nur der gesamte Neuzugang an unselbständigen Erwerbspersonen absorbiert, sondern auch die Zahl der Arbeitslosen vermindert werden konnte.

Kennzeichnend für die gegenwärtige Wirtschaftslage in Westdeutschland ist ferner, daß sich die Ausdehnung der wirtschaftlichen Aktivität bei verhältnismäßig ausgeglichenen Märkten vollzieht. Die Preise haben sich in den meisten Märkten seit geraumer Zeit weder nach oben noch nach unten nennenswert verändert. Immerhin scheint auf vielen Märkten der Druck auf die Preise anzuhalten, was darauf hindeutet, daß hier ein gewisses Überangebot besteht.

Die Spannungen, die sich aus der Engpaßsituation in der Versorgung der Wirtschaft mit Kohle und Stahl ergeben hatten, sind bis auf wenige unbedeutende Reste geschwunden, wozu wesentlich beitrug, daß man im Stahlbereich im August 1952 einen entscheidenden Schritt getan hat, marktwirtschaftlichen Prinzipien hier stärkere Geltung zu verschaffen.

Allerdings hat sich die Konstellation der Kräfte, die die gesamtwirtschaftliche Expansion in Gang halten, seit den Sommermonaten von Grund auf verändert.

Während in der ersten Jahreshälfte 1952 die Zunahme von Produktion und Beschäftigung hauptsächlich dadurch bedingt war, daß die Investitionstätigkeit wieder recht lebhaft in Gang kam (wozu die günstige Entwicklung der Bauwirtschaft nicht wenig beitrug) und auch der Export noch immer wuchs, so daß die Rückgänge in der Verbrauchswirtschaft mehr als ausgeglichen wurden, zeigen seit den Sommermonaten Investitionstätigkeit und Export eindeutig Anzeichen der Abschwächung; die Zunahme von Produktion und Beschäftigung wird daher in der Hauptsache von der Belebung in der Verbrauchswirtschaft und der anhaltenden Aufwärtsbewegung in den Grundstoffindustrien getragen. Sehr deutlich zeigt sich diese Verschiebung in der Konstellation der Kräfte in den Produktionsindizes der verschiedenen Industriegruppen: Der von Saisonschwankungen bereinigte Produktionsindex der Verbrauchs-

güterindustrien ist von Juni bis Oktober in ununterbrochenem Anstieg um etwa 14 vH gestiegen, der der Investitionsgüterindustrien in der gleichen Zeit um rund 5 vH zurückgegangen.

Der Rückgang der Investitionstätigkeit äußert sich besonders sichtbar im Binnenabsatz der Investitionsgüterindustrien: Die Belegung, die hier regelmäßig in den Herbstmonaten eintritt, blieb in diesem Jahr ziemlich erheblich hinter den Erwartungen zurück. Auch der Auftragseingang in diesen Industrien läßt schon seit längerer Zeit, wenn auch unter Schwankungen, nach. Vor allem gilt dies vom Maschinenbau. In anderen Industrien, die zur Gruppe der Investitionsgüterindustrien gezählt werden, sind dagegen Produktion und Absatz nicht gesunken. Zu einem Teil handelt es sich dabei um Industrien, die neben Investitionsgütern auch Verbrauchsgüter herstellen (Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren). Zum anderen wird man darin aber auch ein Zeichen dafür zu sehen haben, daß bis jetzt die Investitionstätigkeit keineswegs in allen Bereichen der Wirtschaft eingeschränkt worden ist (Schiffbau, Fahrzeugbau).

Soweit es sich übersehen läßt, hat die Investitionsneigung wohl vor allem im Bereich der verarbeitenden Industrien nachgelassen. Der Wiederaufbau der Kapazitäten, der die Entwicklung in den letzten Jahren beherrscht hatte, scheint immer mehr zum Abschluß zu kommen: vor allem in den Verbrauchsgüterindustrien besteht vielfach die Vorstellung, daß die Produktionsmöglichkeiten die Nachfrage, mit der in absehbarer Zeit gerechnet werden kann, eher übersteigen. Dazu kommt, daß sich die Möglichkeiten der Selbstfinanzierung durch den Rückgang der Preise und Steigerungen der Kosten eingengt haben. Auch der Zwang, Dispositionsreserven für kommende zusätzliche finanzielle Belastungen zu bilden, hat die Nachfrage nach Investitionsgütern verringert. Durch die genannten Vorgänge haben sich die Absatzchancen für Investitionsgüter verschlechtert, was in der Preiskonstellation zum Ausdruck kommt. Es dürfte u. E. auch die Aussicht auf eine Herabsetzung der Eisen- und Stahlpreise in den letzten Monaten dazu beigetragen haben, vorsichtig zu disponieren.

In anderen Teilen der Wirtschaft kann von einem Rückgang der Investitionstätigkeit und der Investitionsneigung noch nicht die Rede sein. Hierher gehören vor allem die Grundstoffindustrien, vorweg der Bergbau. Der Investitionsbedarf ist hier immer noch erheblich und die Finanzierungsmöglichkeit keineswegs in dem Maße beengt, wie in großen Teilen der verarbeitenden Industrie, zumal sich die Investitionshilfe erst auszuwirken beginnt.

Auch die Bautätigkeit ging bis Oktober beträchtlich über den Vorjahresumfang hinaus. Sie hat damit erheblich zu dem Anstieg der Gesamt-

beschäftigung beigetragen. Das Schwergewicht der Belegung der Bauwirtschaft hat sich noch mehr als bisher auf den öffentlichen Bau und den Wohnungsbau verlagert, die sich beide in hohem Maße auf die im „öffentlichen Zwangssparen“ aufgebrauchten Mittel stützen. Allerdings kam die Bausaison in großen Teilen des Bundesgebietes in diesem Jahr infolge des frühen Beginns der winterlichen Witterung verhältnismäßig frühzeitig zum Erliegen.

Die Landwirtschaft konnte im Rahmen anhaltender Rationalisierungsmaßnahmen Investitionen in größerem Umfang vornehmen, weil sich ihre Verkaufserlöse im Wirtschaftsjahr 1951/52 infolge gestiegener Preise und weiter beträchtlich erhöhter Produktion günstig entwickelt haben.

Die Belegung der Produktion in den Verbrauchsgüterindustrien ging in den letzten Monaten weit über das saisonübliche hinaus. Sie betraf die einzelnen Branchen in unterschiedlichem Maße; am stärksten hat sie sich in der Textil- und Bekleidungsindustrie ausgewirkt.

Der Umschwung in den Verbrauchsgüterindustrien kann durch die Entwicklung der Konsumentenausgaben allein nicht erklärt werden. Zwar hat die Zunahme der Einkommen der Unselbständigen infolge der wachsenden Beschäftigung und gewisser Erhöhungen der Lohn- und Gehaltssätze angehalten. Die Verbrauchsausgaben der Selbständigen mögen im ganzen wieder etwas gestiegen sein. Wie die rasch wachsenden Spareinlagen zeigen, haben aber die Konsumausgaben in ihrem Wachstum mit der Entwicklung des Einkommens kaum Schritt gehalten. Rechnet man hinzu, daß die Konsumenten offensichtlich gegenwärtig in der Verausgabung ihres Einkommens Verbrauchsbereiche bevorzugen, die sich nicht in den Umsätzen des Einzelhandels niederschlagen (Dienstleistungen, Reisen und dergleichen), so erklärt es sich, daß die Einzelhandelsumsätze der industriell erzeugten Verbrauchsgüter in den letzten Monaten wohl gestiegen, in dem Tempo aber nicht unerheblich hinter der Entwicklung des Einkommens zurückgeblieben sind.

Die Belegung der Verbrauchsgüterproduktion beruht daher zum überwiegenden Teile darauf, daß Einzel- und Großhandel — neuerdings auch die Industrie selbst — ihre Lager anreichern, teilweise als Reaktion auf den vorausgegangenen Abbau der Bestände. Eine solche Haltung ist sicherlich auch dadurch mitbestimmt worden, daß der Preisrückgang an Intensität verloren, ja auf vielen Gebieten zum Stillstand gekommen ist und sich damit das Preisrisiko vermindert hat.

Die monatlichen Ausfuhrzahlen hielten sich bis Oktober unter Schwankungen von Monat zu Monat annähernd auf dem Niveau von etwa 1,4 Mrd. DM, das in den Sommermonaten erreicht worden ist. Das Ausbleiben der üblicherweise für den Herbst zu erwartenden Steigerung muß aber als bedenkliches Zeichen gewertet werden. Jeden-

falls ist von der Ausfuhr — anders als bis zur Jahresmitte — in den letzten Monaten kaum noch eine stimulierende Wirkung auf Produktion und Beschäftigung ausgegangen. Rückgang im Auftragseingang aus dem Ausland, über den einige Industrien berichten, und neuerdings wieder sinkende Exportpreise sind wohl als Symptome dafür zu betrachten, daß sich die Nachfrage nach deutschen Exportwaren abschwächt und sich die Konkurrenz auf den Absatzmärkten der westdeutschen Exporteure verschärft.

Auch auf der Geldseite der Wirtschaft bahnt sich neuerdings eine Verschiebung in der Konstellation der auf Expansion und Kontraktion hinwirkenden Kräfte an, die bisher in ihrem Zusammenwirken die geldwirtschaftliche Voraussetzung für die Ausdehnung der wirtschaftlichen Aktivität geschaffen haben.

Der expansive Effekt, der bisher von der Devisenbilanz ausging, hat in den letzten Monaten an Stärke erheblich eingebüßt. Im Oktober und November ergaben sich — zum erstenmal seit Februar 1951 — Defizite in der Abrechnung mit der EZU. Das Oktoberdefizit wurde zwar noch durch Überschüsse in der Dollarbilanz und in der Abrechnung mit den sogenannten sonstigen Verrechnungsländern ausgeglichen. Im November dagegen dürften die Auszahlungen an die Exporteure die Einzahlungen der Importeure nicht mehr erreicht haben, so daß per Saldo von der Devisenbilanz wahrscheinlich eine kontraktive Wirkung auf das Geldvolumen ausgegangen ist.

Wenn auch bei verhältnismäßig hoher Ausfuhr die Einfuhr in den Sommermonaten keineswegs hinter dem für die laufende Produktion erforderlichen Umfang zurückgeblieben war, so mußte doch über kurz oder lang die Einfuhr mit der Belebung der Produktion in den Verbrauchsgüterindustrien wieder zunehmen, zumal auch die reichlicheren Lagerdispositionen im Handel sowie die Nachfragebelebung zu zusätzlichen Einfuhren geführt haben (worauf die starke Steigerung der Fertigwareneinfuhr hindeutet). In der Tat ist die Einfuhr seit der Mitte des Jahres stärker als saisonmäßig zu erwarten gestiegen, so daß bei stagnierender Ausfuhr im Oktober wieder ein Einfuhrüberschuß entstand.

Die von der Devisenbilanz ausgehenden expansiven Wirkungen waren in den zurückliegenden Monaten so stark, daß sie die kontraktiven Effekte, die die Finanzgebahrung der Öffentlichen Hand mit sich brachte, mehr als ausgeglichen haben. Bund, Länder und Gemeinden zusammen mit den Sozialversicherungen haben im bisherigen Verlauf des Rechnungsjahres Überschüsse erzielt, die es ihnen ermöglichte, ihre kurzfristige Verschuldung erheblich abzubauen und ihre Einlagen im Bankenapparat zu erhöhen, so daß auf diese Weise laufend Mittel stillgelegt wurden.

Ein kontraktiver Effekt auf das aktive Geldvolumen ging ferner auch von der privaten Geldkapitalbildung bei den Banken aus. Den Banken sind auch in den letzten Monaten noch laufend

mehr Mittel an Spargeldern und Termineinlagen sowie aus dem Absatz von Bankschuldverschreibungen zugeflossen, als sie an längerfristigen Krediten (ohne Durchleitgelder) gewährt haben.

In dem Maße freilich, in dem die expansiven Wirkungen der Überschüsse in der Devisenbilanz nachlassen, muß die Wirtschaft zur Deckung ihres Geldbedarfs wieder kurzfristige Bankkredite in Anspruch nehmen, die als Finanzierungsquelle vorübergehend kaum eine Rolle gespielt haben. Es scheint aber, daß die Zunahme der kurzfristigen Ausleihungen der Banken kaum erheblich über das Maß hinausging, das durch die Finanzierung der Herbstumsätze üblicherweise gegeben ist. Es ist anzunehmen, daß die Kurzkredite in Zukunft wieder höhere Bedeutung für die Finanzierung des Geldbedarfs der Wirtschaft erlangen werden.

* * *

Die Aussichten der Wirtschaft für die nächsten Monate hängen entscheidend davon ab, ob der Rückgang der Investitionstätigkeit, der in einzelnen Teilen der Wirtschaft zu beobachten ist, anhalten und möglicherweise auf weitere Bereiche übergreifen wird. Für ein weiteres Sinken der Investitionstätigkeit spricht vor allem, daß die Investitionsneigung in großen Teilen der Wirtschaft im Hinblick auf das gegenwärtige und für die nächste Zukunft zu erwartende Niveau von Produktion und Ertrag zurückgehen wird. Das gilt namentlich für die Verbrauchsgüterindustrien. Eine Belebung der Nachfrage nach Investitionsgütern von dieser Seite her ist trotz der Produktionssteigerung in den letzten Monaten kaum zu erwarten, da sie offenbar im allgemeinen mit den bestehenden Anlagen leicht bewältigt werden kann.

Mit einer starken Reduktion der gesamten Investitionstätigkeit und damit mit entsprechenden Wirkungen auf Beschäftigung und Einkommen ist indessen nicht zu rechnen. Die Investitionstätigkeit der Grundstoffindustrien und der Öffentlichen Hand wird ebenso wie die Bautätigkeit in der kommenden Saison kaum eingeschränkt, sondern eher noch ausgedehnt werden. Auch die Investitionen der Landwirtschaft dürften sich im ganzen auf ihrem bisherigen Niveau halten. Von diesen Seiten her wird somit das gesamte Investitionsvolumen weiterhin gestützt werden.

Dagegen ist nicht zu erwarten, daß Produktion und Beschäftigung durch wachsende Exporte zunehmen werden.

Da die Belebung der Nachfrage nach Verbrauchsgütern hauptsächlich durch die Wiederauffüllung der Lager und weniger durch eine Zunahme der Konsumausgaben bedingt ist, wird sie möglicherweise schon in absehbarer Zeit wieder abklingen oder doch in ihrer Stärke nachlassen; denn zu Lagererweiterungen, die über die An-

forderungen durch den laufenden Absatz hinausgehen, besteht kaum Veranlassung.

Anregungen auf die allgemeine Wirtschaftstätigkeit werden aber weiterhin von den Grundstoffindustrien und einzelnen nichtindustriellen Bereichen ausgehen, namentlich von solchen, die strukturell begünstigt sind. Auch ist nicht zu übersehen, daß die Einkommen durch Tarifierhöhungen gegenwärtig einen gewissen Auftrieb erhalten, so daß die Verbrauchsausgaben im ganzen zunächst noch steigen werden.

Der hierbei entstehende Geldbedarf wird nicht mehr, wie bis vor kurzem, hauptsächlich durch Devisenüberschüsse zu finanzieren sein, da die Ausfuhr weiterhin stagnieren und die Einfuhr eher noch zunehmen dürfte. Der Kreditbedarf der Wirtschaft wird daher steigen. Er würde aber in dem Maße geringer, in dem die Überschüsse der Öffentlichen Hand verschwinden oder sogar in ein Defizit umschlagen, was beim Bund gegen Ende des Rechnungsjahres durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt.

Gemeinsame Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung) Berlin

Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv
Hamburg

Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung
Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in München am 15. Dezember 1952

Die Wirtschaftsentwicklung der Sowjetischen Besatzungszone im Jahre 1952

Die unverändert knappe Versorgung der zivilen Bevölkerung, sichtbar verbessert nur für einen kleinen Kreis privilegierter Einkommensbezieher, hat trotz der Reparationsleistungen der Sowjetzone auch 1952 eine außerordentlich hohe Investitionsquote ermöglicht. Dadurch wurde eine industrielle Zuwachsrate von nahezu 10 Prozent erreicht. Dies ist weniger als in den Vorjahren, doch es genügte, um den — allerdings erheblichen — Abstand gegenüber dem westdeutschen Produktionsniveau nicht weiter ansteigen zu lassen.

Bevölkerung

In den ersten vier Jahren nach dem Kriege ergab der Saldo aus Geburten und Sterbefällen in Mitteldeutschland einen beträchtlichen Sterbeüberschuß. Obwohl sich die Schere in der Bevölkerungsbewegung inzwischen geschlossen hat und sich 1951 bereits in allen Quartalen ein Geburtenüberschuß zeigte, nahm die Bevölkerungszahl der sowjetischen Zone durch die ununterbrochene Fluchtbewegung weiterhin ab.

Einige Monate lang konnten die sowjetzonalen Sperrmaßnahmen an der Grenze zwischen Mittel- und Westdeutschland die Abwanderung nach dem Westen hemmen; während noch Anfang des Jahres die Hälfte aller Sowjetzonenflüchtlinge direkt in das Bundesgebiet abwanderte, war es im September nur noch knapp ein Zehntel¹⁾. Dafür ergoß sich der Flüchtlingsstrom in verstärktem Ausmaß in den Westberliner Raum. Im ganzen Jahre 1952 dürften aus dem sowjetzonalen Raum mindestens 150 000 Personen abgewandert sein.

Der Geburtenüberschuß läßt sich für 1952 auf rd. 50 000 schätzen, so daß per Saldo ein Be-

völkerungsverlust von rd. 100 000 Menschen, das sind 0,6 vH, angenommen werden kann.

Das Arbeitskräftepotential hat sich durch die Abwanderung prozentual noch stärker vermindert, da die geflüchtete Bevölkerung sich überwiegend aus Personen in erwerbsfähigem Alter zusammensetzt. Es ist allerdings auch eine — zeitweise durch die sowjetzonale Verwaltung sogar geförderte — Übersiedlung von Altersrentnern und Invaliden zu beobachten gewesen. Eine gegenläufige Wanderungsbewegung dieser Art ist kaum vorhanden.

Wenn auch die Sterblichkeitsquote in den letzten Jahren geringer geworden ist, so liegen doch die gegenwärtigen Sterbeziffern Mitteldeutschlands noch um 8 bis 9 vH über den westdeutschen. Dagegen ist eine Erhöhung des Bestandes an langfristig Kranken festzustellen. Infolge der durch mangelhafte ärztliche Versorgung (Medikamentenmangel und unzureichende Anwendungsmöglichkeiten für moderne Behandlungsmethoden) erhöhten Sterbefälle erschien der Krankenbestand in den vorangegangenen Jahren rein rechnerisch günstiger.

Aus den Angaben des letzten Planberichts ist zu entnehmen, daß der Krankenbestand unter

¹⁾ Vgl. Otto Bach: „Die soziale Lage Berlins unter besonderer Berücksichtigung der Flüchtlinge“. In: Soziale Arbeit, Nr. 14, November 1952.

den Angehörigen der industriellen Betriebe nunmehr den ungewöhnlich hohen Stand von 6,7 vH der Sozialversicherten erreicht hat. Dies mag mit auf den hohen Anteil der Frauenarbeit und auf die Beschäftigung solcher Arbeitskräfte zurückzuführen sein, die unter westdeutschen Verhältnissen als Invaliden gelten würden. Da die Altersgliederung der mitteldeutschen Bevölkerung ungünstiger ist als die Westdeutschlands, ergibt sich auch eine entsprechend stärkere Überalterung der erwerbstätigen Bevölkerung. Dennoch ist der ausgewiesene sowjetzonale Krankenbestand als weit überhöht zu bezeichnen, wenn man ihn mit den Ergebnissen der westdeutschen Krankenzustatistik vergleicht, die für die Jahre 1950 und 1951 Krankenziffern von 3,5 und 3,0 vH ausweist. In dem hohen Krankenbestand kommen schließlich auch die in der Sowjetzone noch immer nicht überwundenen Folgen der Überbeanspruchung bei mangelhafter Ernährung zum Ausdruck, die nunmehr, rechnet man die Kriegszeit mit ein, über ein Jahrzehnt anhält.

Industrie

Die Industrieproduktion des mitteldeutschen Raumes hat 1952 — sieben Jahre nach Kriegsende — mengenmäßig die Erzeugung des Jahres 1936 überschritten, allerdings im erheblichen Abstand zu dem hohen Qualitätsstandard, der die mitteldeutsche Industrie früher auszeichnete. Nach vorläufigen Schätzungen beläuft sich der allgemeine Produktionsindex auf 108 des Standes von 1936, damit liegt er aber immer noch um etwa ein Viertel unter dem Produktionsniveau der westdeutschen Industrie — und das ohne Berücksichtigung der Qualitätsunterschiede.

Im großen und ganzen dürfte der Volkswirtschaftsplan 1952 erfüllt werden, im einzelnen sind jedoch erhebliche Planabweichungen festzustellen, insbesondere Untererfüllungen in der Produktionsgütererzeugung, an die der Plan besonders hohe Anforderungen gestellt hat.

Die Anstrengungen auf dem Gebiet der Grundstoffherzeugung haben zu gewissen Erfolgen geführt. Die Roheisenerzeugung des Jahres 1952 wird auf etwa 650 000 t geschätzt (12 vH über Plansoll), die Stahlerzeugung wird wenigstens das gesteckte Ziel von 1,8 Mill. t erreichen, das gleiche gilt für die Walzstahlherstellung. Im Maschinenbau, dem Kernstück der Investitionsgüterindustrie, werden die gestellten Aufgaben dagegen bei weitem nicht erfüllt werden.

Einen besonderen Engpaß für die industrielle Entwicklung der SBZ bildet die Energieerzeugung. Die unterproportionale Zuwachsrate der Stromerzeugung zeigt sich nicht zuletzt in den ständigen Stromabschaltungen. Die Braunkohlenbriketterzeugung wird wahrscheinlich im zweiten Halbjahr 1952 die Plandaten nicht ganz erreichen. Die gesamte Energieerzeugung der SBZ konnte auch 1952 nicht ganz der Produktionsausweitung folgen. Dies hängt in der Hauptsache mit den entscheidenden Schwierigkeiten im Energie-Maschinenbau zusammen.

Die geringste Produktionsausweitung weisen die Verbrauchsgüterindustrien auf; hier ist der Stand von 1936 noch nicht ganz wieder erreicht worden.

Das 1952 erreichte Niveau der sowjetzonalen Industrieproduktion kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Versorgung der Bevölkerung noch erheblich unter dem Vorkriegsstand liegt. Infolge der Entnahmen zugunsten der Besatzungsmacht und der steigenden Ausfuhr in die Ostblockstaaten wird der für die Zivilbevölkerung zur Verfügung stehende Produktionsanteil wesentlich geschmälert. Je Kopf der Bevölkerung hat daher die sowjetzonale Versorgung mit In-

Die Produktion wichtiger Industrieerzeugnisse in der SBZ*)

Industrien	Einheit	Ist 1951	Plan 1952	Ist 1. Hj. 1952	Planer- füllung im 1. Hj. 1952 in vH
Roheisen	1000 t	402,5	580,0	292,0	50,3
Rohstahl i. Blocken	"	1 537,4	1 800,0	871,0	48,4
Walzstahl	"	1 083,7	1 400,0	700,0	50,0
Zinn	t	321,2	685,0	302,0	44,1
Walzerzeugnisse aus NE-Metallen .	1000 t	70,4	81,6	37,1	45,5
Werkzeugmasch. .	1000 DM	487 312	675 630	300 256	44,4
Ausrüstung für Metallurgie und Bergbau	"	587 964	652 322	328 872	50,4
Ausrüstung für Brennstoffindustr. Stahl- konstruktionen . .	"	64 832	66 510	31 084	46,7
Landwirtschaftl. Maschinen	"	35 784	58 270	32 626	56,0
Schienenfahrzeuge	"	91 563	93 156	41 283	44,3
Schiffbau	"	238 924	285 730	148 568	52,0
	"	176 527	217 835	103 577	47,5
Elektrotechnik . .	"	1 492 742	1 586 705	692 244	43,6
Feinmechanik und Optik	"	514 327	580 240	302 720	52,2
Zement	1000 t	1 621,3	1 740,0	786,2	45,2
Ziegelsteine	Mill. Stck.	1 487,3	1 680,0	967,4	57,6
Steinkohle	1000 t	3 416,5	3 565,0	1 708,0	47,9
Braunkohle	"	158 640,3	171 440,0	89 040,0	51,9
Braunkohlen- briketts	"	43 682,0	47 270,0	23 720,0	50,2
Eisenerz	"	592,4	885,0	436,0	49,3
Kalisalze	"	1 638,5	1 720,0	840,0	48,8
Schwefelsäure . . .	"	292,3	320,0	154,5	48,3
Kalzinierete Soda .	"	112,5	182,0	86,6	47,6
Ammoniak	"	318,0	324,0	138,1	42,6
Calciumcarbid . . .	"	630,6	652,0	323,3	49,6
Stickstoffdünger . .	"	218,3	225,0	111,5	49,6
Vergaserkraftstoff .	"	603,2	665,0	327,0	49,2
Dieselmkraftstoff . .	"	521,8	560,0	273,9	48,9
Textilzellstoff . . .	"	119,6	132,5	52,8	39,8
Papierzellstoff . . .	"	121,8	140,0	60,2	43,0
Papier aller Sorten Zeitungen u. Zeit- schriften	Mill.DM	368,2	378,5	183,6	48,5
	"	97,6	118,5	64,3	54,3
Gas	Mill.cbm	1 632,4	1 758,0	831,0	47,3
Elektroenergie . . .	Mill. kWh	21 326,0	23 462,0	11 204,0	47,8
Schnittholz	1000cbm	3 724,7	4 216,0	1 642,5	39,0
Kunstseide	t	13 305	16 280	7 942	48,8
Zellwolle "R" . . .	"	33 527	34 260	42 555	48,8
Zellwolle "W" . . .	"	51 824	53 000	100 172	47,2
Garne	"	203 433	212 172	109 706	43,8
Gewebe	1000qm	242 385	250 200	109 706	43,8
Hartes Leder	t	7 874,2	8 760,0	3 932,0	44,9
Weiches Leder . . .	1000qm	4 346,7	5 225,0	2 044,0	39,1
Schuhe aus Leder . .	1000 P.	11 462,0	16 210,0	6 876,0	42,4
Strümpfe u. Socken .	Mill. P.	151,2	160,0	78,0	48,8
Trikotagen	Mill. Stck.	72,6	76,0	41,0	53,9

*) Quelle: Materialien zur Wirtschaftslage in der sowjetischen Zone. — ¹⁾ Die Industrieproduktion der sowjetischen Besatzungszone. — ²⁾ Die Industrieproduktion der sowjetischen Besatzungszone im 1. Halbjahr 1952. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Die hier gemachten Angaben weichen teilweise von sowjetzonalen Pressemeldungen ab.

dustrieerzeugnissen auch 1952 erst etwa zwei Drittel des Standes von 1936 erreicht. Hierbei sind die qualitativen Verschlechterungen, die sich einer zahlenmäßigen Erfassung entziehen, ebenfalls nicht berücksichtigt.

Landwirtschaft

In der Entwicklung der sowjetzonalen Landwirtschaft sind während des abgelaufenen Jahres keine wesentlichen Fortschritte zu beobachten. Über diesen Eindruck können die im allgemeinen günstig lautenden Angaben in den Berichten über die Planerfüllungen für die ersten drei Quartale nicht hinwegtäuschen. Es heißt darin, daß die Hektar- und Gesamterträge für Getreide, Hülsenfrüchte und Ölfrüchte denen des Vorjahres gleichen — die etwa dem Friedensstand entsprachen —, daß die Viehbestände weiterhin aufgebaut und die Fleisch- und Milcherzeugung gesteigert werden konnten. Die Maschinen-Ausleih-Stationen sind um 45 vermehrt und der Maschinenpark entsprechend vergrößert worden. Diese Angaben sind jedoch nur bedingt zu werten.

Die Zunahme der Viehbestände, insbesondere bei Rindvieh und Schweinen, wurde in erster Linie durch die im Jahre 1949 neu eingeführte Ablieferungsmethode für tierische Erzeugnisse herbeigeführt, wonach die Veranlagung des Ablieferungssolls nicht mehr nach der Zahl der gehaltenen Tiere, sondern nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Betriebes vorgenommen wurde. Ohne Rücksicht auf die vorhandene Futterbasis wurden dadurch die Bauern zur vermehrten Viehhaltung gezwungen. Diese Maßnahme mußte sich auf die Qualität und vor allem auf die Leistung der Tiere nachhaltig auswirken. Zusätzliche Kraftfuttermittel sind so gut wie nicht vorhanden. Für die Hackfrüchte, die einen großen Anteil an der Viehernährung haben, war die Witterung im abgelaufenen und im Vorjahr wenig günstig. Hier sind die Vorkriegserträge — trotz gegenteiliger Behauptung — noch keineswegs erreicht worden.

Die Tatsache, daß Milch, Fett und Fleisch noch heute der Bewirtschaftung unterliegen, läßt erkennen, wie gering die Fortschritte in der Erzeugung tierischer Produkte sind. Die Milchleistung je Kuh und Jahr wird auf höchstens 2000 kg geschätzt (gegenüber 2640 kg in Westdeutschland); das Fleischaufkommen kann aus den Viehbeständen unter Berücksichtigung der geringeren Schlachtgewichte und längeren Mastzeiten auf 650 000 bis 700 000 t gegenüber einer Vorkriegserzeugung von 840 000 t berechnet werden.

Im Sommer 1952 ist mit der Bildung von Produktionsgenossenschaften begonnen worden. Trotz der den Bauern gewährten Vergünstigungen sind bisher nur etwa 1350 Zusammenschlüsse mit einer Fläche von rd. 115 000 ha (2,2 vH des Ackerlandes der SBZ) erfolgt. Die Erkenntnis, daß mit der Durchführung dieser Maßnahme das Schicksal des mittleren Bauern besiegelt und dem Kleinbauern der letzte Rest an Selbständigkeit genommen wird, hat zu erheblichen Widerständen geführt.

In einem System, das auf Eigeninitiative verzichtet, muß sich die geringste Erschütterung ungünstig auswirken. Schon jetzt zeichnet sich eine

ernste Krise in der Versorgungslage der mitteldeutschen Bevölkerung ab. Selbst Grundnahrungsmittel, wie Kartoffeln und Gemüse, sind zur Zeit nicht ausreichend verfügbar. Die Möglichkeit, bewirtschaftete Lebensmittel in den HO-Läden zusätzlich zu beziehen, von der trotz der hohen Überpreise zunehmend Gebrauch gemacht wurde, besteht schon seit Wochen nur in beschränktem Umfange.

Verkehr

Der Verkehrsengpaß innerhalb der sowjetzonalen Wirtschaft ist in den letzten Monaten dieses Jahres besonders fühlbar geworden. Anfang Oktober wurden eine zentrale Transportkommission sowie Bezirkstransportkommissionen gebildet, die über die zeitliche Reihenfolge der Transporte und die Art des Verkehrsträgers verbindlich entscheiden. Diese verkehrspolitische Maßnahme soll in erster Linie Transporte von der Schiene auf die Wasserstraße umlenken, da die Eisenbahn, wie zugegeben wird, den Wagenanforderungen im Güterverkehr nicht mehr nachkommen kann.

In den ersten sieben Monaten 1952 wurden täglich durchschnittlich annähernd 25 000 Wagen gestellt. Die Kapazität der Bahn ist in Anbetracht des Güterwagenparks und der Umlaufgeschwindigkeit auf höchstens 27 000 Einheiten zu schätzen; im Herbstverkehr 1952 mußten zeitweilig Anforderungen auf mehrere Tausend Wagen täglich unberücksichtigt bleiben.

In der Binnenschifffahrt sind die Umschlagseinrichtungen unzureichend. Die Fahrzeiten sind im Vergleich zum Eisenbahnverkehr zu lang, außerdem bietet der Binnenschiffsverkehr in der SBZ, nicht zuletzt infolge des Vorherrschens des gebrochenen Verkehrs sowie des Verhältnisses von Schiffs- zu Bahntarifen, kaum eine Ersparnismöglichkeit. Infolgedessen war die Binnenschifffahrt im Sommer und Herbst unterbeschäftigt. Der Volkswirtschaftsplan 1952 sah für die Schifffahrt eine Leistung von fast 1,8 Mrd. tkm — knapp 10 vH des Eisenbahnverkehrs — vor. Die Planerfüllung wird voraussichtlich um 10 bis 15 vH unter dem gesteckten Ziel bleiben.

Der Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen ist weiter zurückgegangen. Während 1950 rund 1,5 Mrd. tkm gefahren wurden, sah der Plan für 1952 nur noch 1 Mrd. tkm vor. Die effektive Leistung wird wahrscheinlich etwas höher liegen. Der Straßenzustand sowie der Fahrzeugpark und die Brennstoffversorgung gestatteten keinen erheblichen Kraftverkehr über große Entfernungen, so daß sich der Straßenverkehr im wesentlichen auf den Zubringerverkehr zu den Hauptverkehrsmitteln beschränken mußte.

Es ist der sowjetzonalen Verkehrspolitik im Laufe des Jahres 1952 nicht gelungen, die Beförderung saisonunabhängiger Güter zur Entlastung des Herbstverkehrs in die ersten Quartale des Jahres zu verlegen, um eine gleichmäßigere Ausnutzung des einer starken Spitzenbelastung nicht gewachsenen Verkehrsapparates zu erreichen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Aufhebung der freien Transportwahl eine Besserung schaffen wird.

Handel

Die Deutschen Handelszentralen (DHZ), die nicht nur den privaten Großhandel, sondern auch die betriebseigenen Beschaffungs- und Absatzorganisationen der volkseigenen Industrie ersetzt hatten, wurden mangels Bewährung Ende 1951 umorganisiert und den entsprechenden Fachministerien unterstellt. Man versprach sich von dieser Maßnahme für das Jahr 1952 eine bessere Erfüllung der Großhandelsfunktionen, erzielte damit jedoch keine wesentliche Änderung der Lage; die Bindung an die Industrie war jetzt zwar enger, doch fehlte ein entsprechender Kontakt zu den Einzelhandelsorganen. So versagten die DHZ zum Beispiel bei der Einführung neuer Erzeugnisse, da ihnen hierbei das Risiko einer Nichterfüllung der Planzahlen zu groß war. Das führte dazu, daß auf Grund eines Beschlusses des Ministersrats der SBZ vom 31. Juli 1952 die Industrie seit Mitte November damit begonnen hat, eigene Läden einzurichten und unter Umgehung des Handels ihre Erzeugnisse selbst zu verkaufen.

Im Einzelhandel nimmt der Anteil der Privatbetriebe am Umsatz stetig ab. Der Gesamtumsatz des Einzelhandels, der 1950 etwa rd. 14,5 Mrd. und 1951 gut 18 Mrd. DM-Ost betrug, wird 1952 etwa 20 bis 21 Mrd. DM-Ost erreichen. Der Anteil des privaten Einzelhandels belief sich dabei im Jahre 1950 auf 57 vH, 1951 auf 43 vH, er wird 1952 voraussichtlich unter 40 vH bleiben.

Preise

Die Wandlung der Preispolitik vom Stop- und Festpreis, der im sozialen Interesse möglichst niedrig gehalten werden sollte, zum Planpreis, der nur noch auf die Bedürfnisse des Staatshaushaltes abgestellt ist, wurde im Jahre 1952 mit Hilfe von einzelnen Preisverordnungen und einer behördlichen Umorganisation weiter gefördert. Die staatliche Plankommission hat die Koordinierung und Lenkung der gesamten Preispolitik vom Finanzministerium übernommen. In Zukunft sollen „Planpreise“ gültig sein, die der Kostenstruktur der volkseigenen Betriebe angepaßt

werden — ausgenommen sind Reparationslieferungen. Preisunterschiede, die auf Grund besonderer Vorschriften für private und volkseigene Betriebe bestehen oder sich bei der gleichzeitigen Ausübung der Groß- und Einzelhandelsfunktion ergeben, sollen nicht dem Konsumenten zugute kommen. Die durch Preisdifferenzen entstehenden Mehreinnahmen sind vielmehr an den Staat abzuführen.

Der Vereinheitlichung des Preisniveaus, die schon 1950 angekündigt worden war, ist man bisher nur langsam nähergekommen. Es besteht noch immer ein doppeltes Preisniveau für alle Waren, die der Rationierung unterliegen.

Im Jahre 1952 konnten Preissenkungen nicht im gleichen Maße wie in den vorangegangenen Jahren durchgeführt werden. Der im Dezember 1951 angeordneten elften (innerhalb von drei Jahren) verhältnismäßig umfangreichen Preissenkung sind im ganzen Jahre 1952 kleinere Preissenkungsaktionen nur im Frühjahr (für Eier, Margarine, Gebäck, Strümpfe, minderwertige Schuh- und Lederwaren) und im Dezember (für Säuglings- und Kinderbekleidung) gefolgt.

Verbrauch

Wird der Versorgungsstand der Bevölkerung Ende dieses Jahres mit dem am Ende des Vorjahres verglichen, so kann von einem nennenswerten Fortschritt nicht gesprochen werden. Im Jahre 1952 ist die Rationierung lediglich für Strümpfe aufgehoben worden. Vorläufig sind noch immer die wichtigsten Lebensmittel (Fleisch, Fett, Milch, Eier, Kartoffeln), ferner Wäsche, Schuhe und Kohlen rationiert und es besteht die Vermutung, daß die Rationierung wieder auf Getreideerzeugnisse ausgedehnt wird.

Seit Mitte des Jahres hat sich das Warenangebot fühlbar verringert. Im Zuge der Vorratsbildung für die in Aufstellung befindlichen Streitkräfte wurden zunächst die für Konservierung geeigneten Lebensmittel knapp, später folgten andere Waren. Seit dem Herbst gibt es bei der Handelsorganisation (HO) in der Zone nur selten Butter, Margarine, Fleisch und Gemüse. Selbst die Belieferung der Fettmarken ist mangelhaft.

Die wirtschaftliche Entwicklung West-Berlins im Jahre 1952

In der wirtschaftlichen Entwicklung West-Berlins war um die Mitte des Jahres 1952 ein deutlicher Umschwung festzustellen. Einem im ganzen nicht befriedigenden Verlauf im ersten Halbjahr folgte ab Juli/August eine kräftige Belebung, die auch im November/Dezember noch anhält.

Nach einem mitunter stürmischen Wachstumsprozeß in der zweiten Jahreshälfte 1950 konnte die Westberliner Wirtschaft im Verlauf des Jahres 1951 zunächst noch relativ befriedigende Zuwachsraten des Sozialprodukts, insbesondere der Industrieproduktion erreichen. Mit dem Nachlassen der im Zusammenhang mit dem Korea-Konflikt in der westlichen Welt entstandenen Auftriebskräfte setzte um die Jahresmitte 1951 in der Bundesrepublik eine starke Verflachung des Aufschwungs, in West-Berlin sogar eine unverkennbare, nahezu ein Jahr anhaltende Flaute ein.

Das erste Halbjahr

Die Fortschrittsrate der gesamten Wirtschaft — gemessen am preisbereinigten Sozialprodukt — war unter diesen Umständen im ersten Halbjahr 1952 gegenüber der gleichen Vorjahrszeit nur sehr gering (+ 1 vH). Die Industrieproduktion allein genommen verharrte auf dem Mitte 1951 erreichten Produktionsstand von 46,5 (1936 = 100).

Da die „Einfuhr“ im ersten Halbjahr 1952 in realer Rechnung um 5 vH niedriger war als im ersten Halbjahr 1951 und da ferner die „Aus-

Bereitstellung und Verwendung des Sozialprodukts
in West-Berlin

1. Halbjahr 1952 im Vergleich zum 1. Halbjahr 1951

	1. Hj. 1951	1. Hj. 1952				
	In jeweilig. Preisen	In jeweilig. Preisen	Preis- index	In Preisen v. 1. Hj. 1951	Volumen- index	
	Mill. DM	1. Hj. 51 = 100	Mill. DM	1. Hj. 51 = 100		
Bereitstellung						
Bruttosozialprodukt	2 190		2 340	106	2 210	101
Einfuhr	1 646		1 674	107	1 560	95
Gesamtbetrag der bereitgestellten Güter und Dienste	3 836		4 014	106	3 770	98
Verwendung						
Privater Verbrauch	1 780		1 870	104	1 800	101
Öffentl. Verbrauch	385		420	113	370	97
Brutto-Anlage- Investitionen ¹⁾ .	548		541	113	485	89
a) Bauten	248		246	115	214	86
b) Maschinen u. Einrichtungen	300		295	109	271	90
Lagerbildung . . .	170		82	106	77	45
Gesamtbetrag der in West-Berlin verwendeten Güter und Dienste . . .	2 883		2 913	106	2 732	95
Ausfuhr	953		1 101	106	1 038	109
Gesamtbetrag der verwendeten Güter und Dienste . . .	3 836		4 014	106	3 770	98

¹⁾ Einschl. öffentlicher Investitionen.

fuhr“ — wenn auch lange nicht mehr so rasch wie zuvor — weiter um 9 vH zunahm, blieb das für West-Berlin selbst verfügbare Gesamtvolumen an Gütern und Diensten im ersten Halbjahr 1952 um rd. 5 vH hinter dem Stand der entsprechenden Vorjahrszeit zurück.

Die Bautätigkeit war bei starker Zunahme der Baupreise in besonderem Maß rückläufig (—14 vH), vor allem deshalb, weil die Reduzierung der Ausgaben des GARIOA-Notstandsprogramms, soweit sie der Bauwirtschaft zufließen, nur zum Teil durch die Steigerung der sonstigen öffentlichen Mittel für Bauzwecke wettgemacht werden konnte. Die Ausrüstungsinvestitionen konnten sowohl wegen der gestiegenen Preise als auch wegen einer vorübergehenden Finanzierungslücke bei den ERP-Krediten das sehr hohe Niveau des ersten Halbjahrs 1951 nicht ganz erreichen (—10 vH).

Da — ebenfalls bedingt durch die sinkenden Ausgaben des GARIOA-Programms für reine Notstandsarbeiten, wie Entrümmern und Grünflächen — auch der öffentliche Verbrauch in realer Rechnung hinter dem Ergebnis des ersten Halbjahrs 1951 zurückblieb (—3 vH), bildete neben der Ausfuhr der private Verbrauch die einzige konjunkturelle Stütze. Er nahm im ersten Halbjahr 1952 gegenüber der gleichen Zeit 1951 nominal um 5 vH zu und übertraf damit — bei nahezu in gleichem Ausmaß gestiegenen Lebenshaltungskosten — das Vorjahrsergebnis real um 1 vH.

Diese Verbrauchssteigerung war in erster Linie durch die Zunahme des Masseneinkommens ermöglicht worden. Es war im ersten Halbjahr 1952 gegenüber der gleichen Vorjahrszeit um 13 vH gestiegen, vor allem dank der sehr erheblichen Erhöhung der öffentlichen Unterstützungen

(+ 28 vH) im Zuge der Anpassung der Renten und anderer Einkommensübertragungen an das gestiegene Preisniveau. Jedoch nahmen auch die von der Wirtschaft und der Öffentlichen Hand an die Arbeitnehmer gezahlten Arbeitseinkommen netto um 5 vH zu; dagegen waren die Nettoeinkommen der Wirtschaft bei leicht rückläufigen Bruttoeinkommen und stark steigenden Steuerzahlungen nicht unerheblich niedriger als im ersten Halbjahr 1951 (—15 vH).

Das zweite Halbjahr

Die im Juli/August spürbare internationale wirtschaftliche Belebung machte sich auch in der westdeutschen und in der Westberliner Wirtschaft bemerkbar. Die günstige Änderung des konjunkturellen Klimas wurde in ihrer Auswirkung auf die Industrieproduktion West-Berlins durch die um die Jahresmitte 1952 verkündeten neuen Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung, insbesondere die Verdoppelung der Umsatzsteuerrückvergütung, zusätzlich und wirksam unterstützt. Die Lieferwerte der Westberliner Industrie erreichten ab August einen neuen Höchststand. Da diese Zunahme in erster Linie der steigenden auswärtigen Nachfrage nach Westberliner Erzeugnissen zuzuschreiben war, konnte die Leistungsbilanz im dritten Vierteljahr 1952 mit dem günstigsten Ergebnis seit 1949 abschließen. Der Einfuhrüberschuß war mit 240 Mill. DM um 70 Mill. DM oder 22 vH niedriger als im dritten Vierteljahr 1951. Die Einfuhr wurde dabei zu 72 vH aus eigener Leistung bezahlt gegenüber 63 zur gleichen Vorjahrszeit. Für das gesamte zweite Halbjahr 1952 ist der Einfuhrüberschuß auf 530 Mill. DM zu schätzen gegenüber rd. 630 Mill. DM zur gleichen Vorjahrszeit.

Bereitstellung und Verwendung des Sozialprodukts
in West-Berlin

2. Halbjahr 1952 im Vergleich zum 2. Halbjahr 1951

	2. Hj. 1951	2. Hj. 1952 ¹⁾				1952 ¹⁾
	In je- weilig. Prei- sen	In je- weilig. Prei- sen	Preis- index	In Prei- sen v. 2. Hj. 1951	Volumen- index	
	Mill. DM	2. Hj. 51 = 100	Mill. DM	2. Hj. 51 = 100	1951 = 100	
Bereitstellung						
Bruttosozialprodukt	2 420		2 640	103	2 555	103,5
Einfuhr	1 763		1 830	99	1 845	105
Gesamtbetrag der bereitgestellten Güter und Dienste	4 183		4 470	102	4 400	101,5
Verwendung						
Privater Verbrauch	1 915		2 010	99	2 030	106
Öffentl. Verbrauch	450		460	110	417	93
Brutto-Anlage- Investitionen ²⁾ .	633		652	103	625	99
a) Bauten	298		312	104	298	100
b) Maschinen u. Einrichtungen	335		340	102	327	98
Lagerbildungen . .	55		48	100	48	87
Gesamtbetrag der in West-Berlin verwendeten Güter und Dienste . . .	3 053		3 170	102	3 120	102
Ausfuhr	1 130		1 300	102	1 280	113
Gesamtbetrag der verwendeten Güter und Dienste . . .	4 183		4 470	102	4 400	101,5

¹⁾ Vorläufige Schätzung. — ²⁾ Einschl. öffentl. Investitionen.

Soweit sich aus den bisher bekannten Daten ermitteln läßt, dürfte die Investitionstätigkeit der Westberliner Wirtschaft im zweiten Halbjahr 1952 — abgesehen von der Lagerbildung — das Volumen der gleichen Vorjahrszeit knapp erreichen. Verglichen mit dem ersten Halbjahr 1952 ist die Zunahme des Bauvolumens als Folge des ab Juli nach einiger Verzögerung erfreulich ansteigenden Wohnungsbaus bemerkenswert. Allerdings wurde die Bautätigkeit durch den ungewöhnlich frühen Kälteeinbruch ab Anfang Dezember stark behindert.

Der öffentliche Verbrauch wird hinter dem Vorjahrsergebnis aus dem gleichen Grund wie im ersten Halbjahr (Einschränkung des GARIOA-Notstandsprogramms) zurückbleiben. Hingegen dürfte der private Verbrauch bei einem im allgemeinen stabilen Preisniveau — eine Ausnahme bildet der Butterpreis — im zweiten Halbjahr 1952 erheblich über das Niveau der Vergleichszeit hinaus gewachsen sein (schätzungsweise + 6 vH). Die Voraussetzungen hierzu waren durch die weiterhin gestiegene Massenkauftkraft gegeben.

Faßt man die Halbjahrsergebnisse zum Jahresergebnis 1952 zusammen und vergleicht die reale Entwicklung gegenüber dem Vorjahr (letzte Spalte der zweiten Übersicht), so errechnet sich für das Bruttosozialprodukt eine Zuwachsrate von nur 3,5 vH (+ 1 vH im ersten Halbjahr, + 6 vH im zweiten Halbjahr). Demgegenüber war von 1950 auf 1951 — allerdings unter wesentlich günstigeren Voraussetzungen — noch eine Zuwachsrate von 12 vH erreicht worden.

Zuwachsraten im Rahmen der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnung 1951/50 und 1952/51
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	1951 gegenüber 1950	1952 gegenüber 1951
A. Bereitstellung		
Bruttosozialprodukt	+ 12	+ 3,5
Einfuhr	+ 14	± 0
Gesamtbetrag	+ 13	+ 1,5
B. Verwendung		
Privater Verbrauch	+ 7	+ 3,5
Öffentlicher Verbrauch	— 2	— 5
Brutto-Anlage-Investitionen	+ 11	— 6
a) Bauten	— 5	— 7
b) Masch. u. Einrichtungen	+ 30	— 6
Lagerbildung	± 0	— 45
Gesamtbetrag f. West-Berlin	+ 6	— 1,5
Ausfuhr	+ 39	+ 11

Bei der Beurteilung der vorstehenden Ergebnisse darf nicht vergessen werden, daß der Fortschritt 1951 gegenüber 1950 deshalb so besonders

groß war, weil das Wirtschaftsniveau West-Berlins im ersten Halbjahr 1950 noch sehr niedrig gelegen hatte. Bei den Daten für 1952/51 muß beachtet werden, daß die Wirtschaft West-Berlins in der ersten Hälfte 1952 stagnierte, von Juli/August 1952 an dagegen in einem neuen Aufschwung begriffen ist.

Wenn auch bei Fortdauer dieses Aufschwungs der Anschluß an die westdeutsche Wirtschaftsentwicklung wieder erreicht wird, so ist doch die durch die Stagnation eingetretene Vergrößerung des Niveauunterschiedes zwischen der Westberliner und westdeutschen Wirtschaft zu bedauern. Doch sollte es der Öffentlichen Hand möglich sein, durch aktive Wirtschaftspolitik — u. a. durch Beschleunigung der Bauprogramme — die Zuwachsrate des Sozialprodukts so zu erhöhen, daß der entstandene Verlust rasch wieder aufgeholt wird. Grundsätzlich ist hierzu zu bemerken, daß selbstverständlich die Wirtschaftsentwicklung West-Berlins weitgehend von der westdeutschen und diese wieder von der internationalen Entwicklung beeinflußt wird. Jedoch ist West-Berlin im Rahmen der den Passivsaldo der Leistungsbilanz überschreitenden Zuschüsse von auswärts durchaus die Möglichkeit einer selbständigen aktiven Konjunkturpolitik gegeben.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Nach einer Periode stürmischen Wachstums der gesamtwirtschaftlichen Produktivität (gemessen am preisbereinigten Sozialprodukt je Beschäftigten) nahm die Effizienz der Westberliner Wirtschaft ab Mitte 1951 im ganzen nur noch sehr langsam zu. Bereits zu dieser Zeit war die durchschnittliche Produktivität der Industrie der Vorkriegsleistung nahegekommen.

Diese Entwicklung wirkte sich günstig auf den Arbeitsmarkt aus. Die Zahl der in den Westberliner Betrieben und bei der Öffentlichen Hand Beschäftigten stieg — jeweils ohne Notstandsbeschäftigte — im Laufe des Jahres 1950 um rd. 36 000, im Jahre 1951 um rd. 40 000 und im Jahre 1952 um schätzungsweise weitere rd. 30 000 Personen. Insgesamt wurden demnach in drei Jahren knapp 110 000 Arbeitsplätze neu geschaffen oder wieder besetzt.

Trotzdem pendelte die Arbeitslosenzahl bis Ende 1951 fast unverändert um 280 000 Personen. Erst das Jahr 1952 brachte — trotz der gegenüber Ende 1951 erheblichen Verringerung der Zahl der Notstandsarbeiter und -angestellten und trotz des verstärkten Flüchtlingsstromes aus dem Osten — eine gewisse Entlastung. Dennoch bleibt die Arbeitslosigkeit mit gegenwärtig rd. 250 000 Personen (Ende November) nach wie vor das ernsteste wirtschaftliche Problem West-Berlin, ein Problem, das auf die Dauer nur durch große Aufträge von auswärts und verstärkte Investitionstätigkeit zu lösen ist.

19. Jahrgang

Berlin, 19. Dezember 1952

Nr. 51/52

**Monatliche
Zahlen-
übersicht**

Oktober 1955

D

*) DBR = Bundesrepublik Deutschland, VWG = Vereinigtes Wirtschaftsgebiet (DBR ohne französische Besatzungszone), W-B = West-Berlin, †) E = Monatsende, S = Monatssumme, D = Monatsdurchschnitt. — *Kursive Zahlen:* Vorläufig oder geschätzt. — c) Berichtigte Zahl.

1) Arbeiter (ohne Heimarbeitler), Angestellte und Beamte. — 2) Von März 1952 ab einschl. anerkannte politische Flüchtlinge ohne Zuzug. — 3) Arbeitnehmer: Beschäftigte und Arbeitslose. — 4) Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und -fürsorge. — 5) Versicherungspflichtige Mitglieder der sozialen Krankenversicherung. — 6) Nach der Industrieberichterstattung. Ohne Gas, Wasser, Elektrizitätswerke und Bauindustrie. Ab Januar 1952 neuer Firmenkreis, daher nicht ohne weiteres mit den Vormonaten vergleichbar. — 7) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. — 8) Tatsächlich geleistete Arbeiterstunden je Arbeiter. — 9) Ohne Energiewirtschaft und Bauindustrie. — 10) Ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistisches Landesamt Berlin.

Gegenstand	Einheit†)	Woche:	Vorjahr					Gegenwart									
			11.-17. Nov. 1951	18.-24. Nov. 1951	25. Nov. bis 1. Dez. 1951	2.-8. Dez. 1951	9.-15. Dez. 1951	12.-18. Okt. 1952	19.-25. Okt. 1952	26. Okt. bis 1. Nov. 1952	2.-8. Nov. 1952	9.-15. Nov. 1952	16.-22. Nov. 1952	23.-29. Nov. 1952	30. Nov. bis 6. Dez. 1952	7.-13. Dez. 1952	
			46.	47.	48.	49.	50.	42.	43.	44.	45.	46.	47.	48.	49.	50.	
Arbeitsmarkt																	
Arbeitslose in Westdeutschland . . .	1000	M; E	1257	.	1307	.	1450	1037	.	1028	.	1117	.	1247	.	.	
" Westberlin	"		264	.	264	.	273	257	.	248	.	248	.	249	.	.	
Versicherte Arbeitslose in USA . . .	"	Sa	922	1012	1052	1036	1057	655	.	.	.	.	.	.	.	.	
Produktion																	
Geschäftstätigkeit in USA	1935/39=100	Sa	215,7	215,0	215,1	216,5	216,2	229,7	225,4	231,0	231,1	233,0	231,7	227,9	227,2	.	
Industrieproduktion in USA	"	"	225,5	226,2	228,8	229,0	231,0	232,5	232,5	225,3	234,0	234,6	235,0	235,5	237,0	237,8	
Steinkohlenfödrerg. in Westdtschld.¹)	1000 t	WS	2432	2379	2528	2486	2584	2471	2476	2176	2505	2564	2328	2613	.	.	
" Großbritannien	"	"	4634	4678	4677	4810	4997	4677	4739	4706	4647	4668	4671	4654	4753	.	
Kohlenförderung in USA	"	"	10433	9163	11050	10160	10306	7552	1960	8328	8990	9584	9453	8165	9117	.	
Rohstahlerzeugung in Westdeutschld.¹)	"	"	195	195	206	195	199	229	232	225	225	228	225	229	.	.	
" USA	"	"	1833	1881	1886	1879	1888	1933	2009	1995	1992	2004	1999	1988	1988	1988	
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Stück	"	120	80	117	118	117	141	140	153	150	147	130	118	135	124	
Stromverbrauch in Westdeutschland . .	Mill. kWh	"	712,3	687,4	728,4	741,3	756,3	762,2	763,7	742,8	775,5	796,7	764,1	.	.	.	
" Westberlin²)	"	"	22,4	20,6	23,0	23,6	23,9	23,0	23,5	23,1	24,1	24,8	24,0	26,0	26,9	27,3	
Güterverkehr																	
Wagenanforderung } Deutsche	1000 Wagen	WS	395,0	368,8	406,5	407,2	405,5	396,0	408,9	387,5	393,9	386,1	384,1	352,0	.	.	
Wagengestellung } Bundesbahn	"	"	390,3	347,6	392,7	394,0	389,2	385,7	388,8	368,5	386,8	382,5	378,7	346,7	.	.	
Zahlungsverkehr																	
Zahlungsmittelumlauf in																	
Westdeutschland u. Westberlin . . .	Mill. DM	BSt	8857	8565	9658	9570	9389	10112	9719	10976	10557	10207	9775	11140	.	.	
Notenumlauf d. Bank von England . .	£	Mi	1359	1357	1364	1384	1416	1445	1443	1444	1449	1452	1455	1461	1482	1513	
" Frankreich	Mrd. frs.	Do	1767	1734	1780	1790	1775	1993	1972	2025	2031	2011	1972	2007	.	.	
" Niederländ. Bank	Mill. hfl.	Mo	2852	2853	2889	2955	2889	2967	2952	2948	3047	2987	2984	3000	3084	.	
" Belgisch. Nationalbk.	" bfrs.	Do	91083	90591	91226	92101	91354	95158	94826	95139	96480	95972	94979	95141	.	.	
" Schweizer.	" sfrs	BSt	4486	4541	4683	4654	4701	4635	4656	4681	4739	4675	4686	4842	.	.	
" Schwedisch.	" skr.	"	3577	3575	3829	3757	3885	3998	4055	4295	4170	4032	4014	4292	.	.	
" Bank von Canada	"	Mi	1412	1410	1407	1416	1428	1497	1494	1487	1493	1505	1505	1500	1509	.	
Zahlungsmittelumlauf in USA	" \$	Do	28601	28701	28742	28891	28037	29617	29511	29540	29748	29905	29842	30152	30274	.	
Geld- und Kapitalmarkt																	
Bank deutscher Länder																	
Inlandswechsel	Mill. DM	BSt	3264	3251	3511	3566	3784	1978	2017	2074	1974	1802	1846	2098	.	.	
Schatzwechsel der Bundesverwaltung	"	"	201	56	155	218	320	127	25	1	49	8	13	84	.	.	
Lombardforderungen	"	"	703	615	1027	820	749	435	347	699	473	456	327	641	.	.	
Vorschüsse an die öfftl. Verwaltung	"	"	523	517	524	532	544	444	449	423	431	441	444	462	.	.	
Forderungen gegen die öfftl. Hand. .	"	"	5313	5217	5369	5434	5064	4459	4274	4696	4706	4545	4339	4699	.	.	
Depositen	"	"	2746	2780	2566	2649	2771	2017	2132	1687	1852	1876	2020	1749	.	.	
430 repräsentative Geldinstitute in Westdeutschland																	
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken.	"	"	10868	10949	10910	10876	11160	12885	12895	12995	12938	13071	13069	13136	.	.	
Einlagen von Nichtbanken	"	"	13891	14069	13847	13868	13715	16920	17203	16904	17067	17163	17478	17049	.	.	
darunter Spareinlagen.	"	"	2344	2352	2368	2374	2383	3411	3434	3483	3519	3542	3553	3580	.	.	
Berliner Zentralbank																	
Wechsel	"	"	46,7	57,3	26,8	28,3	40,7	57,6	66,0	56,6	55,3	53,2	65,7	91,6	77,5	.	
Angekaufte Ausgleichsforderungen . .	"	"	190,2	198,4	190,4	185,6	186,6	145,5	152,5	173,0	163,0	166,0	147,0	135,8	133,3	.	
Einlagen insgesamt	"	"	162,1	200,6	137,1	161,2	139,4	124,3	144,6	124,5	141,4	138,8	161,4	132,6	160,7	.	
Bank von England																	
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg.	Mill. £	Mi	1396,8	1396,7	1396,7	1396,8	1446,8	1496,8	1496,8	1496,7	1496,8	1496,8	1496,7	1496,8	1496,8	1546,7	
Forderungen der Bankabteilung . . .	"	"	380,5	383,5	380,8	400,1	381,8	338,9	336,0	334,1	344,9	358,4	363,0	367,5	379,1	354,6	
Depositen insgesamt	"	"	405,5	410,5	401,1	400,4	400,0	377,8	376,7	374,0	379,5	390,2	391,5	390,0	381,4	375,8	
Bundes-Reserve-Banken USA																	
Aktiva (gesamt)	Mill. \$	Do	49707	49416	49148	49539	49526	52048	51877	51299	51602	51936	52546	52115	52318	.	
darunter: Goldzertifikate	"	"	20382	20426	20430	20480	20486	21429	21423	21423	21433	21420	21410	21418	21415	.	
Regierungspapiere	"	"	23398	23275	23239	23239	23239	23663	23663	23624	23520	23567	23563	23761	23968	.	
Einlagen insgesamt	"	"	20911	21007	20901	21207	20970	21679	22326	21928	22016	21836	22390	22216	22538	.	
darunter: Regierungseinlagen	"	"	245	364	548	501	266	212	618	588	789	505	703	317	719	.	
Zinssätze																	
in Westdeutschland																	
Diskontsatz d. Bank deutscher Länd.	% p.a.	Sa	6	6	6	6	6	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	
Tagesgeld in provisionsfr. Rechnung	"	"	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
Spareinlag. m. gesetzl. Kündigungsf.	"	"	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	
Tagesgeld in London	"	"	3/4-1 1/4	3/4-1 1/4	3/4-1 1/4	3/4-1 1/4	3/4-1 1/4	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	
Handelswechsel, 3 Mon., London . .	"	"	2 1/4-3	2 1/4-3	2 1/4-3	2 1/2-3 1/2	2 1/2-3 1/2	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	
Effektenmarkt																	
40/oige Wertpapiere in Westdeutschland																	
Kursniveau, gesamt.	vH	BSt	77,60	78,01	77,30	76,96	76,47	81,72	82,56	82,35	82,24	82,67	82,65	82,83	.	.	
dar. Pfandbriefe d. Hypothekenbanken	"	"	77,76	78,32	77,03	76,43	75,41	83,15	84,21	83,75	83,50	84,04	83,99	84,24	.	.	
" d. öfftl.-rechtl. Kreditanst.	"	"	73,22	73,44	73,56	73,59	73,56	80,97	82,03	82,00	82,00	82,25	82,25	82,31	.	.	
Kommunalobligationen																	